

Potsdamer Zeitung.

Achtundsechzigster

Jahrgang.

Sonntag, 27. Februar

(Erscheint täglich drei Mal.)

Nr. 146.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Potsdam 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum. Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1875.

Amtes.

Berlin, 26. Februar. Der König hat dem Bezirks-Präsidenten von der Seyditz zu Colmar den R. A. D. 3. Kl. mit der Schleife, dem prakt. Arzt Dr. Tuchen in Berlin den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 26. Februar. Die Nationalversammlung wird nächsten Montag die Neuwahl ihres Bureau's vornehmen, die Mitglieder der Rechten beabsichtigen Kerdrel als Kandidaten für das Präsidium aufzustellen. Für die Verathung des von Savary über die Wahl im Departement de la Nièvre erstatteten Berichts ist noch kein Tag bestimmt. — Der Empfang des neuen spanischen Gesandten de Molins durch den Präsidenten soll morgen im Palais Elisee stattfinden. — Die Gräfin Girgenti, Schwester des Königs Alfons, begibt sich heute nach Madrid.

London, 26. Februar. Auf eine Interpellation von Lord Stratford erklärte der Minister des Auswärtigen, Graf Derby, in der gestrigen Sitzung des Oberhauses, er halte es für wahrscheinlich, daß Oesterreich, Rußland und Deutschland auf Grund des von ihnen aufgestellten Prinzips, daß der Abschluß von Handelsverträgen mit Serbien und Rumänien ohne Genehmigung der Pforte zulässig sei, weiter vorgehen würden. Eine Meldung, daß die Verträge bereits abgeschlossen worden seien, habe er noch nicht empfangen.

Das dem Parlamente heute vorgelegte Marinebudget pro 1875 ist um 344,539 Pfd. Sterl. höher, als dasjenige des Vorjahres. — Der Direktor des Museums von South-Kensington, G. N. L. Owen, ist, wie jetzt amtlich bekümmert wird, zum Exekutivkommissär für die Weltausstellung in Philadelphia ernannt worden, an welcher England seine Theilnahme zugesagt hat.

Kopenhagen, 26. Februar. Nach hier eingegangenen Nachrichten vom gestrigen Tage ist die telegraphische Verbindung zwischen Trinidad und Ste. Croix und St. Thomas durch die erfolgte Legung des unterseeischen Kabels hergestellt.

Belgrad, 26. Februar. Der deutsche Generalkonsul Rosen kehrt heute auf seinen hiesigen Posten zurück und ist damit die regelmäßige Vertretung des Deutschen Reichs bei der serbischen Regierung wieder hergestellt.

Vom Landtage.

26. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 26. Februar, 11 Uhr. Am Ministertische Dr. Falk und Dr. Achenbach mit mehreren Kommissarien.

Der Präsident theilt dem Hause mit, daß er auf Grund der günstigen Resultate im Reichstage für das Abgeordnetenhaus eine Kommission berufen hat, die für die Vervollständigung der Bibliothek sorgen und für ihre Benutzung ein Reglement entwerfen soll; sie besteht aus den Abg. Kohnen als Vorsitzenden, Dr. Lieber als Schriftführer, Dunder, Dr. Kapp, Kammgänger, Rasse, Dr. Koepell und Dr. Birchow.

Das Haus tritt sodann in die Verathung des Etats der Verwaltung für Handel, Gewerbe und Bauwesen ein.

Bei Kapitel 65 (Ministerium) erklärt der Handelsminister auf einige Bemerkungen des Abg. Dobner: Die vielen Bauten der letzten Jahre haben allerdings zu einer kolossalen Ueberhäufung mit Geschäften bei der Bauverwaltung geführt, so daß man sich in einzelnen Fällen der Hilfe von Privaten bedient hat, um Projekte auszuführen und zu revidieren. Ich finde aber darin gar keinen Grund zu einem Vorwurf. Warum sollte man nicht ausgezeichnete Kräfte benutzen, besonders bei schwierigen Bauten, die nicht alle Tage durch die Hände der Beamten gehen. Wenn der Vorredner meinte, die Centralanstalt solle einzelne Geschäfte an die unteren Beamten abgeben und die letzteren selbstständiger machen, so ist es mein lebhaftester Wunsch, in dieser Beziehung eine Vereinfachung eintreten zu lassen. Allein wenn er seine Wünsche lediglich an den Handelsminister richtet, so wendet er sich nicht ganz an die richtige Adresse. Er kennt die Bestimmungen für die Kontrolle der Oberrechnungskammer in Bezug auf die Feststellung von Projekten und Kostenanschlägen. Ich bin in der Korrespondenz begriffen, um eine Vereinfachung dieser Vorarbeiten herbeizuführen. Was die Klagen über die Stellung der Bauverwalter betrifft, so meine ich, daß dieselben nach der Ablegung ihres Examen eine ziemlich freie Bewegung haben, aber doch nicht so frei, wie der Staat sie nicht zu seinen Bauten zeitweilig heranziehen sollte; ihre Bezahlung ist allerdings nur sehr mäßig; allein die Juristen, die nach der Meinung des Vorredners eine so bevorzugte Stellung einnehmen, stehen sich doch in dieser Beziehung auch nicht besser. Was die Prüfung anbelangt, so habe ich die Absicht, eine Konferenz von Sachverständigen zu berufen, die über eine Abänderung der Prüfungsordnung für Baubeamte Vorschläge machen soll.

Abg. Dunder tadelt die Thätigkeit der Bauverwaltung hinsichtlich der Feststellung des Bebauungsplanes, bei der sie viel zu sehr ins Detail geht, während es genügen würde die großen Verbindungslinien vom Centrum der Stadt aus im Interesse des Verkehrs festzustellen und das darzwischen liegende Terrain der Privatpekulation zu überlassen, welche um die Grundstücke zur Bebauung benutzen zu können, selbst Straßen anlegen würde. Wird aber die Straße schon vorher bestimmt, so betrachtet sich jeder Grundeigentümer als geborner Straßenanwohner und stellt an die Kommune die weitestgehenden Ansprüche. Besonders zu tadeln ist die Rücksichtslosigkeit, mit welcher die Bauverwaltung innerhalb der Stadt vorgreift. Wenn sich die Nothwendigkeit einer baulichen Veränderung an öffentlichen Gebäuden im Centrum Berlins herausstellt, so sollte man nicht nur auf das augenblickliche, sondern auch auf die großen Verkehrsbedürfnisse der Zukunft Rücksicht nehmen. In Berlin sind die Hauptstraßenzüge für den Verkehr von Westen nach Osten die Leipziger, die Jägerstraße und die Linden; aber alle diese Straßen sind nach Osten hin, nach der Altstadt zu, dem großen Verkehr nicht zugänglich und verlaufen in ganz enge Gassen. Man sollte einer Regulierung dieser Verkehrsstraßen nicht dadurch Hindernisse in den Weg legen, daß man ihnen neue öffentliche Gebäude entstellen, wie dies z. B. mit dem neuen Münzgebäude geschehen ist.

Besonders aber sollte sich die Regierung hüten fiskalische Grundstücke lediglich im finanziellen Interesse aus der Hand zu geben, wie dies mehrfach in der allerneuesten Zeit der Fall war. Redner beklagt die Vernachlässigung der öffentlichen Wasserläufe, die für eine Großstadt eine natürliche Ventilation bilden und zugleich eine wichtige Verkehrsstraße darstellen. Von den beiden Spreearmen ist nur der eine schiffbar, der andere durch die Mühlenterrassen, die man in unverantwortlicher Weise in die Hände eines Privatpekulanten hat übergeben lassen, abgesperrt; die Uferstraßen hören an dieser Stelle plötzlich auf. Es ist der Staatsregierung der schwere Vorwurf zu machen, daß sie es zu dieser Entwicklung der Verhältnisse mit offenen Augen hat kommen lassen. War ein Bebauungsplan vorhanden, so wurde doch in manchen Fällen in ganz ungerechtfertigter Weise davon abgewichen; besonders läßt der frühere Handelsminister den Eisenbahnen gegenüber eine sehr weitgehende Koncession. An der Stelle zwischen Moabit und dem Königsplatz, wo am besten ein Stadttheater Platz gehabt hätte, der die Verbindung zwischen Moabit und Berlin herstellte, hat die Lehrter Bahn ihren Güterbahnhof angelegt, der nun statt eine Verbindung zu ermöglichen, eine förmliche und fast unüberwindliche Kluft bildet. Ebenso ist die auf dem Terrain vor dem Halleschen und Potsdamer Thor projektierte Ringstraße dadurch unmöglich gemacht, daß die neuen Bahnhöfe dazwischen geschoben wurden. Besonders aber wundert der Redner davor, daß die Erholungsplätze der Berliner, besonders der Grunewald, nicht zum Gegenstande von Spekulationen gemacht würden, weil diese ferner liegenden Lustwälder, wenn auch nicht im nächsten Jahrzehnt, doch im nächsten Jahrhundert die alleinigen Erholungsplätze der Hauptstadt sein würden. Redner spricht schließlich die Hoffnung aus, daß die Selbstverwaltung in dieser Beziehung günstigere Erfolge aufzuweisen haben werde.

Handelsminister Dr. Achenbach: Ich kann mich nicht mit allem identifizieren, was der Vorredner soeben berührt hat; das Meiste davon liegt sehr weit in der Vergangenheit zurück, und es ist auffallend, daß der Redner erst in diesem Moment diesen Rückblick in die Vergangenheit hält, aber bei keiner der früheren Verathungen seine Angriffe vorgebracht hat. Ich kann also diesen Angriffen ruhig entgegengehen; die Gesichtspunkte, von denen er ausgeht, scheinen mir aber auch nicht überall zutreffend zu sein. Der Bebauungsplan wird vom Polizeipräsidium unter Zustimmung und Anführung des Magistrats ausgearbeitet; die Bauverwaltung hat lediglich eine negative Thätigkeit dabei. Uebrigens soll der Bebauungsplan nur andeuten, auf welchen Stellen nicht gebaut werden soll und sind daher Modifikationen des Planes nicht so etwas Ungeheuerliches. Wenn der Vorredner dem Staate die Aufgabe aufbürden wollte, die Durchlegung großer Straßen in Berlin zu bewirken und so gewisse Grundstücke von der Bebauung auszuschließen, so würden daraus verheerendste Entschädigungsansprüche entstehen, der Staat müßte Ankäufe machen, kurz die finanzielle Belastung liege gar nicht übersehen. Jedenfalls, glaube ich, würde das Abgeordnetenhaus der Regierung auf dies Gebiet nicht folgen. Das von dem Vorredner beabsichtigte Vorgehen würde stark an den Präketen Gaußmann erinnern. Und wo bleibt denn die Stadt bei allen diesen Fragen? Sollte sie nicht betheiligt sein bei allen solchen Anlagen, von denen ihre Salubrität und Prosperität abhängt? Wenn die Stadt Berlin jetzt die Kanalisation durchführt, so thut sie nur etwas, was sie schon längst hätte thun müssen. Ich appellire auch an die Selbstverwaltung und meine, daß gerade die städtische Selbstverwaltung zur Abhilfe dieser Uebelstände zu hervorragender Thätigkeit herufen wäre. Ich muß allerdings Manches beklagen, was früher geschehen ist. Es wäre mir auch lieber gewesen, den Parl. neben dem Handelsministerium, an dessen Stelle jetzt die Vossstraße erbaut wird, erhalten zu sehen. Aber in diesem Punkte, wie in manchen anderen, weiß ich nicht, ob ich nicht ebenso gehandelt haben würde, wie meine Vorgänger; denn die Verhältnisse sind häufig mächtiger wie die Menschen. Ich begreife die Selbstverwaltung und hoffe, daß sie Gutes und Nützliches leisten werde; ich hoffe auch, daß sie den Rathschlägen des Vorredners folgen, die materiellen Interessen nicht zu sehr vorwalten lassen und auch der Verbesserung der Wasserstraßen ihre Aufmerksamkeit zuwenden wird. (Beifall.)

Abg. Dr. Hammacher montirt die Langsamkeit und Umständlichkeit, mit der die von den Provinzialbaubehörden aufgestellten Baupläne und Kostenanschläge fiskalischer Neubauten an der Centralstelle geprüft werden. Die Neubauten werden dadurch oft ganz unverantwortlich verzögert. Man möge die vorhandenen technischen Kräfte an der Centralstelle verstärken, vor Allem aber den Provinzialbaubehörden ein wenig mehr Vertrauen schenken und davon Abstand nehmen, ihre eingereichten Pläne einer allzu skrupulösen Revision zu unterziehen, die zuweilen geradezu die Verballhornung eines an sich guten Planes zur Folge hat.

Die Positionen dieses Kapitels werden genehmigt.

Zu Kapitel 6 (Bauverwaltung, Befolgung der Bezirks- und Distriktsbeamten) bemerkt als Referent der Budgetkommission: Abg. Richter: In Titel 2 dieses Kapitels werden drei Baumeisterstellen bei den Regierungen zu Potsdam, Posen und Oppeln neu verlangt. In der Kommission wurde der Antrag gestellt, diese Neuforderungen abzulehnen mit Rücksicht auf das Dotationsgesetz, wodurch in Folge der Abgabe der Staatskassen eine erhebliche Verringerung von Beamtenstellen eintreten müßte. Die Regierung erklärte, daß jedenfalls die Chaussees noch bis zum Jahre 1878 vom Staate unterhalten werden und bis zu dieser Zeit dürfte das dringende Bedürfnis der einzelnen Landesheile nicht unberücksichtigt bleiben. Die Nachfrage nach tüchtigen Baubeamten sei andererseits gegenwärtig eine so große, daß ein provisorisches Engagement nicht möglich sei. Die Kommission verwarf hierauf den Ablehnungsantrag und empfiehlt die Annahme dieser Position.

Dieselbe wird genehmigt. — Ferner bemerkt zu Titel 13 („Zur Unterhaltung der Wege und Brücken in den Landstraßen, sowie des Straßenpflasters von Berlin.“)

Abg. Richter: Es handelt sich hier um eine Neuforderung von 521,000 Mark für die Verbesserung des Straßenpflasters von Berlin. Es wird wohl von uns Allen zugestanden werden, daß der Zustand des Berliner Pflasters in der That ein miserabler ist. Die Regierung theilte uns in der Kommission bei dieser Gelegenheit mit, daß der Vertrag wegen Uebergabe des Straßeneigentums an die Kommune Berlin voraussichtlich noch in diesem Jahre perfekt werden und alsdann sofort dem Landtage vorgelegt werden wird.

Der Titel wird genehmigt.

Zu Titel 15 („Zu Stromregulirungen und Vorarbeiten für Wasserbau-Anlagen“) erwidert der Handelsminister auf eine die Rheinregulirung betreffende Bemerkung des Abg. Schulz (Wiedenhopf): Die Frage ist neuerdings durch den nassauischen Kommunal-Landtag angeregt worden, der die Staatsregierung aufforderte, die Verbesserung der Rheinschiffahrt wieder aufzunehmen. Die Sache ist indessen außerordentlich kostspielig. Es würde allein eine Summe von 2,280,000 Thlr. notwendig sein, um nur einigermaßen die Korrekturen zur Durch-

führung zu bringen. Man kann daher in dieser Frage einen definitiven Beschluß nicht so schnell fassen, zumal der Eisenbahnverkehr auf der Nassauischen Bahn gegenwärtig ein außerordentlich geringer ist. Das Projekt ist indessen keineswegs aufgegeben und die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Abg. Jülicher spricht seine Verwunderung darüber aus, daß zur Oderregulirung im diesjährigen Etat eine bedeutend geringere Summe angesetzt sei, als in den beiden Vorjahren. In Folge der Trockenheit im vorigen Jahre hat die Verlandung der Oder erheblich zugenommen und die Schiffer, die so sehr hierunter zu leiden haben, werden den diesjährigen Winderaufwand für diesen Zweck unbegreiflich finden. Mindestens wäre eine bessere und durchgreifendere Baggerung der Oder für dieses Jahr dringend zu empfehlen.

Regierungskommissar Geh. Rath Stüwe: Die Minderforderung in diesem Jahre gründet sich auf einen Bericht des Chefs der Oderregulirungs-Kommission. Die Regulirung kann eben nur nach Maßgabe der möglichen Beschaffung von Material und Arbeitskräften fortgeführt werden. Was den letztgenannten Wunsch betrifft, so sind bereits mehrere neue Dampfzucker angeliefert, um an solchen Stellen nachzuhelfen, wo die Regulirung zu wünschen übrig läßt.

Abg. Schröder (Kipstadt): Der Zweck der Stromregulirungen war bisher ausschließlich die Förderung des inneren Verkehrs. Neben diesem ist aber gegenwärtig vor Allem die Frage ins Auge zu fassen, wie am raschesten und besten durch die Stromregulirung die Exportfähigkeit der bei uns vorhandenen Rohmaterialien ins Ausland zu ermöglichen ist. Sie wissen, daß wir im Jahre 1873 die erschreckende Unterbilanz von 583 Millionen Thaler gehabt haben, d. h. wir haben für diese Summe weniger Waaren ins Ausland bringen können, als wir vom Ausland bezogen. Pro 1874 ist ebenfalls eine sehr große Unterbilanz konstatirt und keine Aussicht, dieselbe pro 1875 zu lösen oder auch nur irgend wie erheblich zu vermindern. Nun müssen wir zugeben, daß eine Ausdehnung durch fabrizierte Waaren bedeutend schwieriger ist, als die Ausgleichung durch Rohprodukte. Für diese aber kommt hier in ganz hervorragender Weise das oberste Kohlen- und Eisen-Produkt in Betracht, welches in einer Breite und Mächtigkeit gelagert ist, daß es selbst bei der denkbar größten und intensivsten Förderung für Jahrhunderte ausreicht. Dazu kommt, daß wir in Oberschlesien keine schlagenden Wetter kennen und bis jetzt noch einen außerordentlich guten Arbeiterstand besitzen, was Sie u. A. daraus erkennen können, daß die Sozialdemokratie trotz aller Anführer ihrer Führer unter denselben auch nicht den geringsten Anhang hat finden können. Die Tonne Kohlen kostet an Ort und Stelle, wo sie gefördert wird, 6-8 Silbergroschen, mit der Eisenbahnfracht bis Stettin aber 1 Thlr. 5 Sgr. Trotzdem sie bis Berlin auf 1 Thlr. zu steigen kommt, konkurirt sie hier bereits bedeutend mit der englischen Kohle. Wenn die Oderregulirung ganz durchgeführt wurde, so daß die Kohle ohne Schwierigkeit bis zur Ostsee geführt werden könnte, so könnten wir allein hierdurch unsere Unterbilanz gegen das Ausland um ca. 500 Millionen Mark verringern. Von diesem Gesichtspunkt des internationalen Verkehrs kann aber die Sache nur dann voll und ganz zum Austrag gebracht werden, wenn wir von Kofel aus, von wo schon ein Seitenkanal an das Bergwerksrevier herangeht, ein Kanalprojekt mindestens bis Breslau ausführen.

Abg. v. Kardorff kann den Ausführungen des Vorredners nur vollständig beipflichten. Diese geringen Eingelaufrände für die Oderregulirung ist rein ins Wasser geworfen. Der Bau des genannten Kanals ist der hier allein einwirkende Weg, der Abhilfe schaffen kann. Nach Einführung der neuen Reformgesetze wird hoffentlich die Provinzialvertretung die Sache mit aller Energie in die Hand nehmen.

Regierungskommissar Geh. Rath Stüwe: Die Regulirung eines Stromes ist nicht lediglich im Interesse der Schiffahrt, sondern vor Allem deshalb notwendig, weil ein Kulturstaat verwilderte Ströme überhaupt nicht dulden darf. Die Frage der Oderregulirung hat bei der Regierung stets die eingehendste Berücksichtigung gefunden, und wird die Regierung ihr ferner je nach Maßgabe der vorhandenen Mittel alle Sorgfalt widmen. Der Kanalbau, der überhaupt in Deutschland mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, ist in Oberschlesien, wo sich die Widerstände des Klimas und des Terrains häufen, besonders schwierig, dazu kommt der Kofelpunkt. In Frankreich, welches bereits seit einem halben Jahrhundert ein ausgebauter Kanalnetz besitzt, hat man allein zur Renobirung desselben einen Kostenanwandes von 220 Millionen Francs bedurft. Es erscheint geradezu, zunächst die Erfahrungen, die wir bei weniger schwierigen Kanalbauten machen, abzuwarten, ehe wir mit dem hier gewünschten Bau vorgehen.

Nachdem hierauf noch der Abg. Kantak die Frage der Barthel-Regulirung zur Sprache gebracht und ihre endliche Durchführung für das nächste Jahr dem Minister dringend empfohlen, wird Titel 15 so wie die übrigen Positionen dieses Kapitels vom Hause genehmigt.

Bei Kapitel 69 (Handel- und Gewerbe-Verwaltung) macht Abg. Schmidt (Stettin) auf die Anarisse gegen das Eigenthum aufmerksam, welche seit Jahren auf den öffentlichen Wasserstraßen vorkommen. Obwohl die Empfänger der Ladungen ein großes Interesse zeigen, Diebstähle zu ermitteln und auch zu verhindern, so reicht ihre Thätigkeit doch nicht aus. Der Diebstahl ist auf den Strömen oft förmlich organisiert und man giebt sich von gewissen Schiffsführern zur Nachtzeit Signale, um Helfershelfer herbeizurufen. In einer großen Seestadt wurde gerichtlich ermittelt, daß in einem Jahre 5000 Ctr. Eisen - gestohlenes Gut - in die Hände von Hehlern gekommen sind. Eine bessere Organisation der Strompolizei ist deshalb dringend geboten.

Der Handelsminister: Es schweben jetzt Verhandlungen zwischen den verschiedenen Ressorts, um die Hafenpolizei besser zu organisieren. Die Reorganisation wird aber sehr erhebliche Kosten erfordern.

Abg. Dobner bittet den Minister auf eine Gehaltsverbesserung der Posten sein Augenmerk zu richten, die zu unsern schlechtesten besoldeten Beamten gehören; nachdem der Herr Finanzminister den Forderungen, welche ähnlich stinkt seien, eine Zulage in Aussicht gestellt, erscheine dies nicht unbillig. Speziell dem Wohlwollen des Herrn Ministers empfehle er noch die nicht fest angestellten Posten von der Station des Ruden an.

Abg. Richter: Ueber die Frage wegen besserer Besoldung der Posten wird schon seit drei Jahren in der Budgetkommission verhandelt. In der That sind die Posten bei der allgemeinen Gehaltsaufbesserung zu kurz gekommen, obwohl sie einen sehr schweren Dienst haben und insbesondere viel an Kleidung verbrauchen. Vor etwa zwei Jahren schon hat übrigens ein Vertreter der Regierung in der Budgetkommission die Zufriedenheit erteilt, daß eine Verbesserung der Gehälter eintreten werde.

Dem Handelsminister ist von einer solchen Zufriedenheit nichts bekannt. Bei verschiedenen Beamtenkategorien seines Ressorts

find aber Gehaltsverhöhnungen schon eingetreten und werden künftig noch in erhöhtem Grade eintreten.

Abg. Kalle wünscht, daß man für die Fabrikinspektionen in Berlin, Arnberg, Düsseldorf, Aachen und für Sachsen und Schlesien nicht Verwaltungsbeamte, sondern rein technische Beamte wähle.

Der Handelsminister: Bezüglich der Stellung der Fabrik-Inspektoren sind von der Reichsregierung schon Erörterungen gepflogen, bestimmte Entscheidungen aber noch nicht gefaßt. Meine Auffassung ist die, daß die Fabrik-Inspektionen nicht auf die Ueberwachung der jugendlichen Arbeiter zu beschränken sein werden. Deshalb wird für dieselben auch eine bessere Vorbildung nöthig sein. Die Frage aber, inwieweit man ihnen eine selbständige Stellung einräumen habe, ist sehr schwierig. Keineswegs wird es zweckmäßig sein, ein neues Beamtenheer dadurch zu schaffen, daß man auch in kleinen Betrieben Fabrik-Inspektoren aufstellt; dort wird man vielmehr die vorhandenen technischen Beamten mit der Wahrnehmung der Inspektion zu betrauen haben.

An dieser Stelle wird die Etatsberathung wiederum durch eine Beschwerde über die Temperatur im Saale unterbrochen; wie gestern Berger über große Hitze, so beklagt sich heute Windthorst (Wepfen) über einen unerträglich kalten Zug, der befürchten läßt, daß alle Welt erkältet nach Hause geht, und das Ausschicken von Senzmitteln gegen diese doppelten Mordversuche dringend erheischt. (Heiterkeit.) Graf Bethusy-Suc stimmt dieser Beschwerde nicht nur bei, sondern bekräftigt sie durch die statistische Mittheilung, daß zur Zeit von seinen politischen Freunden nicht weniger als sieben in Folge von Erkältungen im Saal erkrankt sind. Dagegen berichtet Berger, daß er sich heute ganz behaglich fühlt, worauf dem Präsidenten nichts übrig bleibt, als die Herstellung einer gleichmäßigen Temperatur für Alle zu versprechen, nachdem die gestrige Klage über Hitze die Veranlassung geworden zu sein scheint, daß man in dem Bestreben kühlere Luft auszuführen, des Guten etwas zu viel gethan hat. Das Haus lehrt von diesem Erfolge über die klimatischen Bedingungen, unter denen es seine Verhandlungen zu führen hat, zu dem Gegenstande derselben zurück.

Bei dem Kapitel „Technische Lehranstalten“ sprach Abg. Osten-dorff den Wunsch nach einer Vermehrung der Lehrgesellschaften an den höheren technischen Lehranstalten aus. In Zürich und in Wien wird beispielsweise neben den eigentlich technischen Fächern noch deutsche Sprache, Geschichte, Aesthetik, Nationalökonomie, in Darmstadt und Karlsruhe wenigstens ein Theil dieser Disziplinen vorgetragen, auf den preussischen Lehranstalten nichts von alledem. Die Provinzialgewerbeschulen leiden an der schon neulich bei den landwirtschaftlichen Mittelschulen gerügten Zersplitterung des Lehrplanes, ihr Kursus ist zu lang. Das Maß der allgemeinen Bildung, die dort geleistet wird, zu gering. Die Reorganisation dieser Anstalten wird insofern nach der Reorganisation der Verwaltung von selbst eine Nothwendigkeit werden, weshalb heute von dahin gehenden Anträgen abgesehen werden kann.

Das in Rede stehende Kapitel so wie die übrigen des Ordinarius werden hierauf bewilligt.

Die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben dieses Etats waren der Budget-Kommission überwiesen worden; dieselbe empfiehlt fast ausnahmslos die Bewilligung. Ihr Referent Abgeord. Richter führt aus, die Kommission habe im Einverständnis mit der Regierung davon abgesehen, erhebliche neue Kanalanbauten zu bewilligen. Die Erfahrungen mit den vorhandenen und im Bau befindlichen Kanälen seien vielmehr erst abzuwarten. In den letzteren gehört auch die Kanalisierung der unteren Bräse für die 400,000 Mk. als erste Rate gefordert werden. Die Ausführung der dazu gehörigen Hafenanlage ist einer Aktiengesellschaft überlassen. Es soll mit der Kanalisierung erst begonnen werden, wenn die gleichzeitige Ausführung beider Projekte gesichert. Abg. Rath macht die Mittheilung, daß sich die Aktiengesellschaft bereits konstituiert habe und ins Handelsregister eingetragen worden sei. — Abg. Loewe möchte die Auffassung der Regierung nicht dahin verstanden haben, daß die Kanalbauten für immer als abgeschlossen zu betrachten seien. Der Handelsminister erklärt, daß dies auch keineswegs seine Stellung zur Kanalfrage sei. Mit Unrecht habe man ihn in öffentlichen Blättern als einen Gegner des Rhein-Weiser-Kanals bezeichnet. Er habe dem Projekt nur noch seine Unterstützung leihen können, da er erst jetzt die Vorarbeiten erhalten solle. Abg. Hamacher meint, die Befürchtungen Loewe's seien bei der abschließenden Beurtheilung des Regierungskommissars berechtigt gewesen. Der Handelsminister erklärte, daß diese sich nur auf die Kanalisierung der Oder bezogen habe.

Abgeordneter Braun (Waldenburg) sprach den Wunsch nach der Aufhebung der Ufer-, Ward- und Hegungsordnung für Schlesien und die Grafschaft. Glas aus und erwarbete eine dahin gehende Vorlage noch in dieser Session. Auch wünschte er eine Förderung der den Bau eines Winterhafens in Breslau betreffenden Verhandlung. — Der Handelsminister erwiderte, daß wegen eines Erlasses für die gegenwärtige Ufer-, Ward- und Hegungsordnung mit dem schlesischen Provinziallandtage verhandelt werden solle. Daß diese Verhandlungen so schnell zum Abschluß kommen würden, um eine Vorlage noch in dieser Session zu ermöglichen, sei allerdings nicht wahrscheinlich. In Betreff des Winterhafens in Breslau ist der Oberpräsident von Schlesien aufgefordert worden, sich mit den übrigen Interessen wegen der Auswahl eines geeigneten Platzes zu verständigen. Das Entgegenkommen der Stadt und der Kaufmannschaft ist dabei wesentlich. Heute wartet stets der eine darauf, daß der andere beginnen werde.

Die Titel 1—34 des Extraordinariums werden bewilligt, worauf sich das Haus gegen 4½ Uhr bis Montag 11 Uhr vertagt. (Erste Berathung des Entwurfs, betreffend die Abtretung der Preussischen Bank; Fortsetzung der Berathung des Handels-Etats.)

Parlamentarische Nachrichten.

* Der hannoversche Abg. Kirchhoff ist als Hospitant der Zentrumsfraction beigetreten, so daß diese nunmehr vier protestantische Mitglieder, bez. Hospitanten hat, v. Gerlach, Brühl, Frhr. Grote und Kirchhoff.

* Im Etat des Kultusministeriums für 1875 befindet sich, wie unser 2-Korrespondent bereits vor längerer Zeit berichtete, im Extraordinarium ein Titel „zum Bau eines campo santo am Dom in Berlin, erste Rate 600,000 Mark“. Zur Erläuterung dieser Forderung hat der Kultusminister dem Abgeordnetenhaus jetzt eine Denkschrift überreicht, nach welcher es sich um die Errichtung einer Begräbnisstätte für das preussische Königshaus an Stelle der widerwärtigen noch selbst vor Beschädigung durch Hochwasser geschützten Domarkust handelt. Bekanntlich ist die Ausführung eines derartigen Plans bereits unter Friedrich Wilhelm IV. begonnen worden; jene Anfänge liegen aber heute als moderne Ruinen da. Jetzt soll mit Benutzung derselben der ursprüngliche Plan, wenn auch etwas modifiziert, wieder aufgenommen werden. Die Gesamtkosten sind auf 3,700,000 Mark veranschlagt. Interessant ist, daß in der Denkschrift auch wieder von dem Projekte eines neuen Dombaus, jedoch wie von einem erst in ferner Zukunft zu verwirklichenden, die Rede ist. Uebrigens soll ein Theil des Campo santo auch zur Begräbnisstätte „ausgezeichneten Männer der Nation“ verwendet werden.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 26. Februar.

— Der Kaiser und König empfing heute um 1¼ Uhr den früheren landwirtschaftlichen Minister Winkl. Geh. Rath Graf Königsmarck.

— In der „Magdeburger Bzg.“ steht folgende Notiz: Wie zuverlässig verlautet, besteht die Reichsregierung darauf, daß die spanische Regierung gegen die für die Beschießung der Brig

„Gustav“ verantwortlichen Spanier in Zarauz eine Untersuchung einleite und durch Bestrafung derselben Genugthuung für die Verletzung der deutschen Flagge leiste.

— Jubelnd hat die „Germania“ verkündet, aus der Encyclica sei zu lernen, daß auf ultramontaner Seite gekämpft werden wird „bis zur Vernichtung“. Die „Nat.-Lib. Korresp.“ antwortet: „Bis zu wessen Vernichtung? Jedenfalls ist es nicht die Vernichtung der päpstlichen Hierarchie, welche die „Germania“ als Endziel ins Auge faßt; es kann also nur die Vernichtung des selbständigen Staates gemeint sein. Die Offenheit, mit welcher diese Tendenzen durch das päpstliche Schreiben feierlichst proklamirt werden, verdient alle Anerkennung. Alle Freunde der Freiheit und Selbständigkeit des Vaterlandes aber erwarten von der Staatsregierung, daß sie auf diese äußerste Kriegserklärung die gebührende Antwort ertheilen werde. Die „Germania“ fragt verwundert, was der Staat denn noch „Schlimmeres“ zu thun die Macht habe. Es wird dem kirchlichen Blatte nicht unbekannt sein, daß die Kriegserklärung einer Macht an die andere die zwischen beiden bestehenden Verträge aufhebt. Wie nun, wenn der Staat das ganze Vertragsverhältnis mit dem Papste von 1821 für aufgehoben erklärte? Wenn er wenigstens den gesammten, der katholischen Kirche bisher gewährten Staatsaufschuß zurückbehielte? Eine Unbilligkeit könnte nach dieser Encyclica wahrlich nicht darin gefunden werden. Und daß ein solcher Schritt doch noch etwas „Schlimmeres“ sein würde, als das bisher Geschehene, dürfte selbst den kampflustigsten Heißspornen nicht zweifelhaft sein. Die Regierung und eventuell die gesetzgebenden Faktoren werden zu erwägen haben, welche Maßregeln zu ergreifen sind; daß aber der verwegene Versuch zur Aufreißung preussischer Staatsbürger gegen den Staat nicht ungeahndet bleiben darf, darüber herrscht nur eine Stimme. Die Frage, ob die Bischöfe die Encyclica amtlich publiziren oder nicht, dünkt uns irrelevant für die Maßnahmen des Staates. Die Veröffentlichung ist geschehen in der denkbar wirksamsten Weise durch die kirchliche Presse. Ob die offizielle Publikation nachfolgt oder nicht, ist lediglich eine Formfrage; für die Wirksamkeit der Encyclica ist sie bei der gegenwärtigen rein absolutistischen Verfassung der katholischen Kirche ohne jede Bedeutung. Die „Köln. B.“ stimmt der „Nat.-Lib. Korresp.“ darin bei, daß die Veröffentlichung der Encyclica in Deutschland zu bedeutungsvollen Entscheidungen namentlich innerhalb der ultramontanen Partei wird führen müssen, aber nicht darin, daß die amtliche Verkündung durch die deutschen Bischöfe „irrelevant“ sei. In wie weit der „Absolutismus“ in der Verfassung der katholischen Kirche geht, darüber sind die deutschen Vatikaner, z. B. etwa v. Ketteler und die Jesuiten, Reichensperger und Molitor noch durchaus nicht ganz einig. Indessen meinen wir, daß dies Doktorfragen sind, um welche sich die von den Jesuiten bearbeiteten Massen nicht kümmern, sondern sie gehören der Encyclica.

— Es ist oft, und in vielen Fällen wohl nicht mit Unrecht, über die allzu langsame Förderung von Preßprozessen geklagt worden. Namentlich wenn es sich um Beschleunigung über Aufrechterhaltung oder Aufhebung von Beschlagnahmen handelt, erscheint im Interesse der Beteiligten die mögliche Beschleunigung des Verfahrens dringend wünschenswerth. Um eine solche herbeizuführen, hat der Justizminister angeordnet, daß die Preßprozesse ebenso behandelt und beschleunigt werden sollen, wie Haftfachen. Auch ist verfügt worden, daß dem Minister in bestimmten Zeiträumen über die anhängigen Preßprozesse und über die Lage derselben Bericht zu erstatten ist.

— Dem Reichstags-Abgeordneten Dr. Schölze-Delitzsch war am Montag, wie erwähnt, aus Anlaß des fünfundsiebenzigjährigen Jubiläums seiner Freisprechung in dem Steuerverweigerungs-Prozesse ein Beglückwünschungsschreiben von der Fraction der Fortschrittspartei im Abgeordnetenhaus zugegangen. Darauf ist nachstehende Antwort erfolgt:

Hochgeehrte Herren und Freunde! Indem ich Ihnen und den sämmtlichen Parteigenossen im Abgeordnetenhaus für das ehrenvolle Gedenken meiner vor 25 Jahren erfolgten Freisprechung im Steuerverweigerungs-Prozesse meinen herzlichsten Dank sage, empfangen Sie zugleich die Versicherung, daß ich mir sehr wohl bewußt bin, wie ich wesentlich in der allbereiten Mitwirkung der modernen Kollegen der vergangenen Jahre die Stille gefunden habe, welche es überhaupt möglich machte, in den bezeichneten Richtungen Etwas durchzuführen. Bewahren Sie daher jene Schöpfungen dauernd für das allgemeine Wohl, so werden Sie stets mit dem Namen der deutschen Fortschrittspartei in untrennbarem Zusammenhange bleiben, welche in diesen, von den gesammten liberalen Parteien des Hauses aufgenommenen Strebungen die Initiative ergrieff. Dabei spreche ich die Erwartung aus, daß die alten Freunde und Genossen in ersten und heitern Stunden des alten Kollegen im Deutschen Genossenschaftshause in Potsdam nicht vergessen und einen freien Nachmittag übrig behalten werden, um mit ihm in seinem Altl der alten Zeiten und Kämpfe, wie der neuen Erregenschaften bei einem Becher guten Weines zu gedenken. In aller Treue der Ihrige Dr. Schölze-Delitzsch. Potsdam, 22. Februar 1875.

— Der kaiserliche „Prinzipal ludu“ bringt eine Liste hervor-ragender Personen, die, obgleich es wohl nie traurigere Zeiten für die kath. Kirche gegeben hat, als jetzt, doch freiwillig unter ihre Flagge sich gestellt haben. Aus der deutschen Armee werden namentlich angeführt: General Freih. v. Leonhardt, Major v. Wurster, Rittmeister Koch von Rosow, Graf von Pfeil, der jüngste Bruder des ihm mit gleichem Beispiel vorangegangenen A. von Pfeil, Frhr. Grimm von Grimmenstein, Major Graf v. Berschönig, Platz-Kommandant v. Steit in Spandau, Fürst v. Solms-Braunfels, Major Graf v. Blücher, Gardeoffizier v. Scherfke, zugleich mit seinem Bruder August, Offizier v. Treschow, Graf Schulenburg, Sohn des Generals Sch., der vor einigen Jahren zum Katholizismus übertrat und als Kapuziner starb. Den Schluß macht die Tochter des Feldmarschalls Hermann v. Bittenfeld.

— Das Justiz-Ministerialblatt enthält folgende Personal-Veränderungen: Zu Ober-Tribunalsräthen sind ernannt: der Kreisgerichts-Direktor Schulteis in Kassel, der Appellationsgerichts-rath Spener in Rumburg und der Appellationsgerichtsrath Wulstert in Köln. Der Appellationsgerichtsrath Böhm in Greifswald ist gestorben. Dem Kreisgerichts-Direktor, Geh. Justizrath Adriaui in Dortmund ist unter Verleihung des Kronen-Ordens 2. Kl. und dem Kreisgerichtsdirektor Kersten in Arnberg unter Verleihung des R. Adler-Ord. 3. Kl. mit der Schleiße die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienste mit Pension ertheilt. Der Kreisgerichtsdirektor Flaminus in Paderborn ist gestorben. Versetzt sind: der Kreisger-Rathe Gerlach in Rathor an das Kreisgericht in Steint, Bellardi in Wehlau und Plehne in Fischhausen an das Stadtgericht in Bismarck, der Kreisrichter Hahn in Möhringen und Mehländer in Wemmel an das Kreisgericht in Königsberg i. Pr., Kuhn in Saalfeld und Steffenhagen in Guttstadt an das Kreisgericht in Wehlau, Adam in Goldberg an das Kreisgericht in Görtz und Seebach in Hohenwalsen an das Kreisgericht in Rumburg a. S., mit der Funktion als Gerichts-Kommissarius in Weigenfeld. Zu Kreisrichtern sind ernannt: die Gerichts-Assessoren Freye bei dem Kreisgericht in Greifshagen, mit der Funktion als Gerichts-Kommissarius in Fild-

bichow, Krahmer bei dem Kreisger. in Anklam, mit der Funktion als Ger.-Kommiss. in Uesedom, Neumann bei dem Kreisger. in Neustettin, Weidemann bei dem Kreisger. in Burg, Trautmann bei dem Kreisger. in Calbe a. d. S., mit der Funktion als Ger.-Kommiss. in Staßfurt. Dem Kreisger.-Rath Wild in Bismarck ist die Funktion des Abth.-Dirig. bei dem Kreisger. daselbst übertragen. Dem Ober-Anwältlicher Richter in Göttingen ist die nachgesuchte Entlassung mit Pension unter Verleihung des R. Ad.-D. 4. Klasse ertheilt. Der Kreisrichters Schneider in Andernach ist gestorben. Der Ger.-Rath Dr. Lucas ist zum Staatsanwaltsgehilfen bei der Staatsanwaltschaft der Kreisger. in Bielefeld und Krotoschin, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Bielefeld ernannt. Der frühere Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Hadelich in Erfurt ist unter Wiederaufnahme in den Justizdienst, zum Rechtsanwalt bei dem Kreisger. in Erfurt und zum Notar im Bezirk des Appell.-Ger. zu Rumburg ernannt. Der Kreisrichter Stiebert in Schrimm ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisger. in Kosen und zum Notar im Depart. des Appell.-Ger. zu Kosen mit Anweisung seines Wohnsitzes in Kosen ernannt. Dem Rechtsanwalt und Notar Schoemann in Greifswald ist gestattet, in denjenigen Prozessen bei dem Kreisger. in Greifswald, in welchen er in erster Instanz als Bevollmächtigter fungirt hat, auch in zweiter Instanz bei dem Appell.-Ger. daselbst aufzutreten.

Reise, 23. Februar. In Sachen der hiesigen Kreuzkirche hat der Staatsanwalt unterm 11. d. M. an die Oberhospitalkommission folgendes von der „Schl. Volkszeitung“ mitgetheiltes Schreiben gerichtet:

„Nach verantwortlicher Vernehmung des Realchullehrers Hofe und Genossen wegen Sachbeschädigung hat sich herausgestellt, daß die königliche Regierung zu Döbeln in dem an das hiesige Pfarramt gerichteten Reskript vom 28. November 1874 dem Vorstande der Alt-katholiken überlassen hat, die denselben bei der den Alt-katholiken eingeräumten Mitbenutzung der Kreuzkirche entgegenstehenden Hindernisse seinerseits zu beseitigen oder sich eventuell an die Gerichte zu wenden. Nachdem nun die Alt-katholiken zwei Mal in der Kirche Gottesdienst gehalten hatten, haben sich in der That derartige Hindernisse vorgefunden, als sie am 29. November v. J. zum dritten Male ihr Recht ausüben wollten. Wie es notorisch ist, können die aus der Kreuzkirche auf die Brüderstraße führenden Thüren nur von Innen geöffnet werden, in die Kirche aber gelangt man nur durch die Sakristei und zu dieser wiederum nur durch ein Thor, welches gleichzeitig die Einfahrt zu dem fürstbischöflichen Oberhospital bildet. Dieses von Innen verammelte Thor mußte, wenn die Alt-katholiken zur Sakristei und durch diese in die Kirche gelangen wollten, geöffnet werden. Ob nun dasselbe allerdings Eigenthum des Oberhospitals ist oder, was sehr zweifelhaft ist, auch gleichzeitig zu der Kirche gehört, bedarf für jetzt keiner weiteren Erörterung. Als mitberechtigt zu der Benutzung der Kirche mußten die Alt-katholiken annehmen, daß ihnen auch der alleinige Zugang eingeräumt sei und befanden sich daher in gutem Glauben, wenn sie die Eröffnung desselben unter Anwendung von Gewalt in Ausübung ihres Rechtes durchzuführen beabsichtigten. Daß hierbei eine nicht zu vermeidende geringfügige Beschädigung des Thores vorgekommen, so kann diese für eine rechtswidrige nicht erachtet werden, da der Vorstand der Alt-katholiken, wie ausgeführt ist, nicht in dem Bewußtsein der Rechtswidrigkeit, sondern der Rechtsmäßigkeit handelte. Hiernach kann in Folge der Anzeige vom 11. Dezember v. J. eine Anklage wegen Sachbeschädigung und Landfriedensbruch nicht erfolgen.“

Aus Baden, 24. Februar. In grellem Gegensatz zu der gegen die Alt-katholiken gepredigten Strenge steht das Verfahren der Freiburger Kurie gegenüber einzelnen Geistlichen, von denen sie fürchten, daß dieselben sich dem Katholizismus zuwenden könnten. Als Beleg hierfür theilt die „Konstanzer Bzg.“ folgendes Beispiel mit, das sich in der Nähe des Untersees zugetragen:

„Vor einiger Zeit war Pfarrer A. vor den Bischof Rothbar von Rülzitt, da man in Erfahrung gebracht hatte, daß er in Zürich die Annahme einer altkatholischen Seelsorgestelle zugesagt hatte. Als A. ihm erklärte, daß er niemals an die Unfehlbarkeit glauben würde, erwiderte ihm v. Rülzitt: „Das wird Ihnen den Hals nicht brechen, halten Sie sich nur ruhig und sprechen Sie wenigstens nicht gegen uns.“

Die Geistlichen, so meint die „Konst. Bzg.“, brauchen also nach diesem Ausspruch nicht an die Unfehlbarkeit zu glauben und die wenigsten glauben wirklich an diese unsagbare Lehre; sie müssen nur dergleichen thun oder wenigstens den Mund halten, wenn der Bischof in seinen Hirtenbriefen den Laien die Unfehlbarkeit zum Glauben vorstellt!

Elfaß-Lothringen, 24. Febr. Die lutherischen Pfarrer im Elfaß sind, wie gemeldet, vom Direktorium der protestantischen Kirche aufgefordert worden, künftig von der Kanzel herab nach dem Gebete Kaiserreich und den Kaiser Wilhelm! wie für Elfaß-Lothringen anrufen wird. Auch den Bischof hat die Regierung ersucht, die gleiche Anweisung für den katholischen Kultus ergehen zu lassen, und Herr Käs hat bereits die nöthigen Anordnungen getroffen. — Bekanntlich steht unter der gemeinsamen Erklärung, welche die deutschen Bischöfe kürzlich erließen, der Name des Bischofs von Metz, während der des Bischofs von Straßburg darunter steht. Der „Köln. Bzg.“ schreibt man nun hierüber:

„Bischof Dupont des Loges ist ein Breton, und das französische Blut in ihm scheint ihn zu hindern, sich den Vorstellungen der deutschen Bischöfe anzuschließen; ein deutlicher Beweis für die Stärke der nationalen Bande, die selbst in einem so kosmopolitischen Institut, wie die römische Kirche es ist, die Volksgenossen von einander sondern. Es wäre natürlich verfehlt, aus dem Wegbleiben seines Namens etwas Anderes folgern zu wollen, als daß sich Bischof Dupont nicht als einen deutschen Bischof betrachtet wissen will, so wenig wie der ehemalige Erzbischof von Gnesen und Posen als solcher gelten wollte. Ein Gegner der deutschen Kirchenpolitik ist er darum immer, wenn sein Name auch unter dem bekannten Altentitel steht. Wir erinnern hier daran, daß die beiden reichsständischen Bischöfe direkt unter dem heiligen Stuhle stehen; um so auffälliger ist es, wenn der eine Bischof sich einem Proteste anschließt, der andere sich von ihm absetzt, welcher so unmittelbar die Frage der Papstwahl betrifft.“

Aus Paris berichtet ein Korrespondent der „Köln. Bzg.“ folgendes interessante Daten über die Finanzwirtschaft der Kaiserin Eugénie. Der Gewährsmann des rheinischen Blattes schreibt nämlich:

„Wie ich Ihnen bereits mittheilte, hat die Kaiserin wieder eine Anleihe von 12½ Millionen Franken gemacht, d. h. sie hat die Summe unter dem Versprechen erhalten, daß dieselbe nach der Thronbesteigung ihres Sohnes mit 125 Millionen zurückbezahlt werde. Die früheren Anleihen, welche die Kaiserin machte, zirkuliren im Geheimen oder in hiesigen Börse. Die Schuldcheine sind auf gelbes Papier gedruckt und haben einen Nominalwert von 100, 500 und 1000 Frks. Nach der Freisprechung Paul de Cassanac's wurde dieses Papier mit 10 bis 20 Frks. über den Cours bezahlt, was natürlich heute nicht mehr der Fall ist. Die carlistische Anleihe zirkulirt an der hiesigen Börse und sehr stark. Jeder Schuldchein dieser Anleihe lautet auf 2000 Frks. auf welche 240 Frks. auszubezahlt wurden. Nach der Thronbesteigung von Don Carlos sind 340 Frks. auf jeden Schuldchein von 2000 nachzuzahlen und der Inhaber eines solchen erhält dann für 2000 Frks. spanische Rente nach dem Tageskurs. Man muß es den französischen Bonapartes und den spanischen Bourbons lassen, sie verkaufen ihre Länder auszubeten, noch ehe sie auf dem Throne sitzen.“

Versailles, 24. Februar. [Nationalversammlung] Der Saal der Nationalversammlung war heute wieder überfüllt. Für

Hohenlohe — gestern war er abwesend — und Lord Lyons befinden sich in der diplomatischen Lage. Unter den Deputierten herrscht große Erregung. Man zweifelt zwar nicht an der Annahme der Staatsgesetze, aber man befürchtet mehr denn je die Intrigen des Herzogs von Broglie, der fast jeden Tag Konferenzen mit dem Marquis hat, um denselben zu bestimmen, die Politik vom 24. Mai d. J. die „Politique au combat“ fortzusetzen, indem er ihm verspricht, daß ein großer Theil der Rechten und alle abtrünnigen Mitglieder des rechten Centrums, die geheimen Bonapartisten, wieder mit ihm gehen würden. Die Dracoenisten verlangen vor Allem, daß ein anti-bonapartistisches Ministerium ernannt werde, das alle bekannten Bonapartisten aus der Verwaltung entferne. Baffet ist ihnen nicht energisch genug; von Audiffret Pasquier erwartet man mehr, wenn ihm nicht die Witt, der sich als Unterstaatssekretär des Innern sehr schlecht bewährte, sondern der anti-bonapartistisch gesinnte Cadavy (er ist mit dem Bericht über die Revoir-Angelegenheit betraut) beigegeben müßte. In der Finanzverwaltung, die bekanntlich sehr abtrünnig ist, sind fast alle Beamten (über neun Zehntel) Bonapartisten; obgleich dies Mathieu Bodet weiß und es ihm auch nicht unbekannt ist, daß die Steuereinkünfte der Wahlagenten der Bonapartisten sind und die mit Maßregeln bedrohen, welche nicht bonapartistisch sind, so setzte er doch während der acht Monate, die er am Ruder ist, keinen einzigen dieser Beamten ab. In der heutigen Sitzung führte nicht Baffet, sondern der Kordell den Vorsitz. Der Präsident wurde nach Mirécourt (Vogesen) berufen, da seine dort wohnende hochbegründete Mutter erkrankt ist und man für ihr Leben fürchtet. Nach Eröffnung der Sitzung (2 Uhr 35 Minuten) leste Victor Pontalis die Tribüne, um zu erklären, daß der konstitutionelle Ausschuß das Amendement Delpit, demzufolge die Nationalversammlung die Senatoren nach einer vom Präsidenten angefertigten Liste wählen soll, verwirft. Präsident: Verlangt jemand das Wort über den Antrag Delpit? (Tiefe Stille im ganzen Saale.) Der Präsi. läßt nun abstimmen. Der Antrag wird mit 419 gegen 178 Stimmen verworfen. Raoul Duval erhält nun nochmals das Wort und behauptet, das Gesetz sei in mehreren Punkten den Grundprinzipien der französischen Verfassungen zuwider. Er greift besonders die Bestimmung an, welche den Gemeinderäthen das Recht gibt, Wähler für die Senatoren zu ernennen, wodurch dieselben in politische Clubs umgestaltet würden. Er erinnert schließlich an den 24. Februar, hinzufügend, daß das, was man an diesem Tage thue, eine Subjugation sei, welche man der Revolution darbringe. Man schreitet ab dann zur Abstimmung über das Ganze des Gesetzes. Die Abstimmung ergibt: Abstimme 680, für das Gesetz 448, dagegen 241. Das Gesetz ist mit 207 Stimmen Mehrheit angenommen (Große Erregung.) Die Kammer schreitet nun zur dritten Beratung des Staatsgesetzes. Raoul Duval erhält wieder das Wort. Derselbe hat folgendes Amendement gestellt: „Art. 1. Die Souveränität residirt in der Allgemeinheit der französischen Bürger.“ R. Duval hat dieses Amendement gestellt, weil das vorliegende Gesetz die Verachtung der Souveränität des französischen Volkes sei. Paul Cottin (Gegner der Gesetze, obgleich früher Mitglied des linken Centrums) spricht gegen Raoul Duval. Man versteht ihn aber nicht. Lepere (äußerste Linke) der nach ihm das Wort ergreift, sagt auch, daß er wegen des Lärms die Gemeisführung des Vortrags nicht habe erfassen können. Er hält es daher für notwendig, auf das entschlossene gegen die Behauptungen des Herrn R. Duval zu protestiren. Das Land wisse genau, was es von den Beratungen der Kammer zu halten habe, und es wisse auch, was die wollten, welche sich die Leute der Vernunft an das Volk“ nannten, und die besser daran thun würden, sich die Leute des Selbstmordes des Volkes“ zu nennen. (Beifall links.) Der Vortrags (äußerste Rechte) protestirt. Lepere: Sie können bisweilen gewisse Bevölkerungen betrügen, aber niemals die ehrlichen, aufgelierten Männer. (Beifall links.) Galloni d'Alria (Bonapartist) schreit in den Lärm hinein. Brissot (äußerste Linke) erwidert: „Beachten Sie die Tribüne und zeigen Sie Ihre Gebahren.“ (Furchtbarer, lang anhaltender Lärm.) Man schreitet nun zur Abstimmung über den Antrag Duval's. Derselbe wird mit 474 gegen 31 Stimmen verworfen. Nur die Bonapartisten stimmten für ihn. Marquis de Larochefoucauld (äußerste Rechte) schreit, die Republik sei aus Haß gegen das Kaiserreich gemacht worden, das Land aber werde aus Haß gegen die Republik das Kaiserreich zu rückführen. (Stimmen links: Wir wollen dies abwarten.) Die Legitimität sei die einzige Regierung, welche Frankreich sein Ansehen, seinen Wohlstand und seine Würde zurückgeben könnte. Das Prinzip der Legitimität habe Frankreich vor seiner Verfallung bewahrt, sie werde dies ein drittes Mal thun. Man könne sich: „Gründen Sie die Monarchie, wenn Sie es können!“ laute böhnisch: „Gründen Sie die Parteilungen nicht, und doch sei in der Monarchie allein das Heil Frankreichs. Der König werde, wenn er zurückkehre, die thätlichen Reformen aufrecht erhalten.“ (Lärm: So, so!) Man werfe dem König vor, seine Fahne behalten zu wollen, er könne aber nicht die Fahne der Revolution ergreifen. Aber heute könne man nicht mehr von der Monarchie sprechen, da Sieger (Republikaner) und Besiegte (Orleanisten) gemeinschaftlich den 24. Februar feierten! — Target (Gesandter im Haag): Sie vergessen den Feldzug der Bankette. (Die Legitimität betheiligten sich bekanntlich 1848 an der Reformbewegung, welche den Sturz der Juli-Monarchie herbeiführte.) Redner schließt, indem er dem Herzog von Broglie vormirft, seine Partei aus Privatinteresse verrathen zu haben, als er auf die andere Seite übergegangen! Man dies darzutun, zielt er die Worte, welche der Herzog am 23. Mai 1873 aussprach. Derselbe habe damals gesagt: „Wenn man im Kampfe mit seiner Fahne in der Hand fällt, so stirbt man auf glänzender Weise; aber man stirbt auf lächerliche Weise, wenn man vor seinem Ende seinen Gegnern den Triumph bereitet.“ (Beifall rechts.) Es kommt nun zu einem Amendement Raoul's (Rechte), welches will, daß die Deputiertenkammer eben so viele Mitglieder zähle, wie der Senat. Dieses theilt das Schicksal der übrigen bis jetzt gestellten Amendements, worauf der Artikel 1 in seiner ursprünglichen Form angenommen wird. Das konstitutionelle Gesetz lautet wie folgt: Art. 1. Die gesetzgebende Gewalt wird von zwei Versammlungen, einer Deputiertenkammer und einem Senat, ausgeübt. Die Deputiertenkammer wird durch allgemeines Stimmrecht unter den durch das Wahlgesetz festzustellenden Bedingungen gewählt. Die Zusammensetzung, die Art der Ernennung und die Befugnisse des Senats werden durch ein besonderes Gesetz geregelt. Art. 2 kommt nun zur Diskussion. Er besagt: Der Präsident der Republik wird durch absolute Mehrheit der Stimmen des Senats und der Deputiertenkammer, die als Nationalversammlung zu ammentreten, gewählt. Er wird auf 7 Jahre ernannt. Er ist wieder wählbar. Zwei Amendements werden zu demselben gestellt und verworfen und er dann mit 433 gegen 262 Stimmen angenommen. Zu Art. 2 hat Colombet noch einen Zusatzartikel gestellt, dem zufolge kein Mitglied einer regierenden Familie Präsident der Republik werden soll. Das Amendement wird aber mit 543 gegen 43 Stimmen beifällig. Ballon (er hat den ganzen Antrag gestellt) legt einen neuen Artikel vor, der Art. 3 werden soll. Dieser Artikel besagt, daß der Präsident der Republik die Gesetze veröffentlicht, und beauftragt ist, über deren Ausführung zu wachen; daß er die Verträge ratifizirt, das Gnadenrecht ausübt — die Amnestie bleibt der Kammer vorbehalten —, die Mitglieder des Staatsraths ernannt und abgesetzt, den nationalen Festlichkeiten vorsieht und die Botschafter und Gesandten der fremden Mächte empfängt. Die Kammer beschließt, das Amendement in Betracht zu ziehen. Die ganze Linke stimmt dafür. Eine Stimme rechts: Wir verlangen, daß die Diskussion auf morgen vertagt werde. Die Kammer beschließt aber, daß die Diskussion fortbaure. Der Ausschuß zieht sich nun zurück, um über das Amendement zu beraten.

London, 24. Februar. Heute ist hier Gladstone's Buch über „Katholizismus“ erschienen. Der Verfasser schließt aus den ihm gewordenen Entgegnungen auf die Zeitgemäßheit seiner neulich erschienenen „Auswanderung“ (Exposition), deren Zweck er als erreicht bezeichnet. Es habe sich herausgestellt, daß das vatikanische System der bürgerlichen Ordnung verwerflich sei. Er könne keine einzige Anklage zurückziehen. Die Katholiken Englands hätten die Versprechen nicht erfüllt, auf deren Grund sie früher die Emanzipation erlangten.

Seiner Behauptung, der Papst erstrebe die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft, habe keiner der aufgetretenen Gegner widerprochen; er dürfe sie also als zugegeben betrachten. Auf die Mahnung seiner Kritiker, den Frieden zu erhalten, erwiderte er, er wolle den Frieden, Kom aber habe den Krieg begonnen. Kom führe heute zugestandenermaßen Krieg mit mehr als der halben Christenheit. Er fühle es als seine Pflicht, gegen den heranrückenden Feind zu alarmiren, denn die Gefahr sei groß.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 27. Februar.

Die aus Posen als Ausländer verwiesenen Karmeliterinnen erfreuen sich, wie man der „Germania“ aus Krakau schreibt, daselbst einer solchen Fürsorge der Polizei, daß dieselbe wiederholt darnach forscht, ob sie auch im Besitze der nöthigen Subsistenzmittel sich befinden.

Im naturwissenschaftlichen Verein fand am Donnerstag die Vorstandswahl statt, und wurden wieder gewählt: zum Vorsitzenden der Oberpräsident Günther, zum Sekretär Professor Dr. Szafariewicz, zum Bibliothekar Dr. Wagner, zum Nendanten Apotheker Jagielski. Alsdann wurde die Frage ventiliert, ob es sich empfehlen werde, gedruckte Jahresberichte herauszugeben, in denen über die Verhandlungen und Mittheilungen im Verein Bericht erstattet werden solle. Der Beschluß über diese Angelegenheit wurde bis zu der letzten Sitzung vor Beginn der nächsten öffentlichen Winter-Vorträge, d. h. also bis zum Herbst d. J. ausgesetzt. — Sodann wurden Mittheilungen gemacht, nach welchen die Bakterien-Theorie neuerdings durch die Untersuchungen von Birkow und Güler bedeutend erschüttert worden ist, so daß es sehr zweifelhaft erscheint, ob die Bakterien die Ursache oder die Folge der Fäulnis ist. Da nun in den öffentlichen Vorträgen des Vereins nur feststehende Thatsachen mitgeteilt werden sollen, so erklärte Dr. Paulh, welcher am 4. März einen Vortrag über Bakterien zu halten beabsichtigte, daß er davon in Folge der schwankend gewordenen Bakterien-Theorie Abstand nehmen werde. Es wird demgemäß den nächsten Vortrag am 4. März d. J. Ingenieur Mayer, und zwar über die neuesten Entdeckungen im Innern Afrikas halten. — Schließlich zeigte Mechanikus Förster ein sehr feiner konstruirtes Spektroskop à vision directe vor, welches etwa nur 4 Zoll Länge hat, und die Erscheinungen des Spektrums ganz vorzüglich zu beobachten gestattet. Dasselbe enthält 5 kleine Prismen, 3 von Crown-, 2 von Flintglas, welche derartig mit Canadabalsam zusammengeklebt sind, daß die in das Rohr durch eine achromatische Linse einfallenden Strahlen direkt in das Auge geleitet werden. Versuche, die mit farbigen Flammen angestellt wurden, ergaben, daß die bekannten Linien in dem Spektrum vermittels dieses Spektroskops sehr klar und deutlich zu sehen waren. Der Preis eines solchen Instrumentes, welches sich nach dem Urtheil der anwesenden Sachverständigen sehr gut für die Zwecke der Spektral-Analyse eignen würde, beträgt 20 Thlr.

Grätz, 24. Februar. Der „Germania“ wird von hier geschrieben: Die Verhaftung des Delant Hebanowski in Neustadt b. P. wegen verweigert Denuntiation des geheimen Delegationen erfolgte heute früh um 9 Uhr und die Abführung in das hiesige Gefängnis nachmittags um 3 Uhr. Die Zelle, welche ihm angewiesen worden, ist ungefähr 13 Fuß breit und 16 — 18 Fuß lang und hat zwei kleine ungefähr 5 1/2 Fuß vom Boden entfernte liegende nach dem sogenannten Klostergarten und der gleichnamigen Kirche führende Fenster, welche natürlich mit Eisenstäben versehen sind. Sein Mobiliat besteht aus einem alten Tisch, einem alten Stuhl, einer eisernen Bettstelle mit Matratze und eigenen Betten und einem Waschkübel. Die Zelle ist sonst freundlich. Dem Delant ist die Selbstbelustigung und das Lichtbrennen bis 10 Uhr Abends gestattet.

Bromberg, 26. Februar. [Staßenraub.] Am vergangenen Sonnabend verkaufte der Rätthner Mahnte aus Müritzdorf im Krug zu Louisenhof an den Rätthner Funk in Schönborn für 8 Thlr. ein Pferd. Letzterer nahm das Pferd in Empfang und zahlte die Kaufsumme, welche Mahnte zu sich steckte. Eine weitere Bedingung bestand aber darin, daß Funk ihn mit seinem — des Mahnte — Wagen nach Hause fahren sollte. Das geschah auch, es fuhr aber nicht Funk selbst, sondern dessen fünfzehnjähriger Sohn. Kaum waren diese auf der Zimmroclauer Chaussee 1/4 Meile gefahren, so trat ein Kerl an den Wagen heran und rief dem Mahnte heimlich zu, er möge nur sein Geld gut verwahren, denn unterwegs würde er angefallen und beraubt werden. Mahnte achtete hierauf aber nicht und man fuhr langsam weiter. Nicht lange darauf, und nachdem das Fuhrwerk tiefer in den Wald gekommen war, trat derselbe Kerl wieder an den Wagen heran, diesmal aber nicht als Warner, sondern als derjenige, der die von ihm gemachte Warnung zur Wahrheit machte. Er fiel dem Pferde in die Zügel, daß es stehen blieb, schlug dann mit einem Knüttel auf den Mahnte los und forderte ihn auf, das Geld herauszugeben. Zuerst ihn dann vom Wagen herunter, zog ein Messer, schnitt damit die Hosentasche des Mahnte auf, holte das Geld heraus und ließ dann davon. Vorher hatte er aber auch dem jungen Funk, welcher um Hilfe schrie, einen Hieb an den Kopf gegeben, in Folge dessen derselbe bewußtlos wurde. Der hiesigen Polizei ist es gestern gelungen, den mutmaßlichen Räuber in der Person des Arbeiters Gustav Luckow aus Beelitz, eines schon bestraften Menschen, zu ermitteln und zur Haft zu bringen.

(Br. Bta.)

Staats- und Volkswirtschaft.

** Preussische Bank. Wochen-Übersicht vom 23. Februar 1875.

Aktiva.		
1. Geprägtes Geld und Barren	Mark 619,901,000 +	2,305,000
2. Kassen-Anweisungen, Privat-Banknoten u. Darlehnskassen-Scheine	=	9,786,000 — 887,000
3. Wechsel-Bestände	=	313,220,000 + 4,259,000
4. Lombard-Bestände	=	56,532,000 — 1,219,000
5. Staats-Papiere, verschiedene Forderungen und Aktiva	=	14,648,000 — 338,000
Passiva.		
6. Banknoten im Umlauf	Mark 768,117,000 +	1,977,000
7. Depositionen-Kapitalien	=	100,168,000 — 594,000
8. Guthaben der Staatskassen, Institute und Privatpersonen, mit Einschluß des Giro-Verkaufs	=	48,997,000 + 2,358,000

Die vorstehende Wochenübersicht zeigt in den einzelnen Positionen keine über großen Veränderungen, gestaltet sich aber Alles in Allem zu einem nicht unbefriedigenden Gesamtbilde. Der Escompte zeigt dieses Mal eine Zunahme von 4 1/2 Millionen Mark, wozogen die Lombardbestände jedoch um fast 1 1/2 Millionen zurückgegangen. Die Regierung hat 2 1/2 Millionen in die Bank gelegt. Der Notenumlauf erfreut eine Reduktion von nahezu 2 Millionen, der Metallschatz eine Verkleinerung von 2 1/2 Millionen, der Vorrath an Kassenscheinen verminderte sich dagegen nur um 887,000 Mark. Es sind jetzt 768,117,000 Mark Banknoten in Umlauf und davon fast 620 Millionen durch Metall, 9 1/2 Millionen durch Kassenscheine, die dem Baarvorrath gleich gerechnet werden müssen, gedr. So bleiben also ungedruckt nur 138 1/2 Millionen oder ca. 55 1/2 Prozent des Betrages, welchen das Bankgesetz für die Deutsche Reichsbank auswirft. Das ist ein interessantes Verhältniß, aber freilich darf daraus nicht zu viel gefolgert werden, denn die Anomalie der gegenwärtigen Periode liegt hauptsächlich in dem mangelnden Kreditbedürfnisse, dessen indirekte Wirkung auch in dem Sinken des Notenumlaufes zu Tage tritt.

Briefkasten.

B. in K. Die Marienburg in Westpreußen, dies großartigste und umfangreichste aller mittelalterlichen Bauwerke, dient gegenwärtig, nach ihrer Wiederherstellung durch den damaligen Kronprinzen Friedrich Wilhelm IV., in ihren verschiedenen Theilen auch verschiedenen Zwecken. Der älteste Theil der Burg, das i. J. 1276 angelegte Hochschloß mit 4 Flügeln und einem von denselben umschlossenen Hofe, einst die Wohnungen der Ordensritter enthaltend, wird gegenwärtig als Militärmagazin benutzt, und hat nur äußerlich restaurirt werden können. Die damit in Zusammenhang stehende Schlosskirche wird zu gottesdienstlichen Zwecken verwendet. Das Mittelschloß, aus 3 Flügeln bestehend, und einst die Wohnungen des Hochmeisters, des Großkomturs und der höheren Beamten des deutschen Ordens enthaltend, konnte nur in seinem westlichen Flügel (an der Rogat) in alter Pracht wiederhergestellt werden. Die beiden anderen Flügel, der nördliche und östliche, enthalten gegenwärtig die Geschäftsräume verschiedener Behörden, des Renames etc. Der westliche Flügel mit seinen herrlichen Räumen (Conventsremter, großer Remter etc.) wird nur selten, bei außerordentlichen Festlichkeiten, benutzt, so z. B. i. J. 1872 bei der Wiedereröffnungsfest, ferner bei Guldigungsfeiern, Provinzial-Sängerfesten etc. Von der ehemaligen Vorburg stehen nur noch wenige Gebäude; in dem größten derselben ist, so viel uns bekannt, das Kreisgericht untergebracht. Die ehemaligen an der Festungswerke, Wälle und Gräben, die sich in weitem Bogen um Schloß und Stadt Marienburg ziehen und an der Rogat mit dem Buttermilchthurm enden, werden auch noch gegenwärtig zu Vertheidigungszwecken unterhalten.

N. in M. Offiziell ist unsere Mittheilung nicht, aber sie stammt aus guter Quelle. Ganz sichere Auskunft könnten Sie bei der königl. Direktion der Ostbahn in Bromberg oder vom Handelsminister erlangen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wafner in Posen.

Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

Paris, 27. Februar. Das „Journal des Debats“ versichert, Baffet lehne die Bildung des Kabinetts ab. Das Blatt hofft, Baffet werde auf seiner Weigerung beharren, und hebt hervor, die Politik des neuen Kabinetts müsse streng antibonapartistisch sein. Die Furcht vor dem Kaiserreich, der Haß gegen die Bonapartisten sei der wirksamste Faktor für die neue Koalition der Parteien gewesen. Die Republikaner würden noch größere Opfer bringen, wenn man sie nur vor den Gefahren des Bonapartismus sicher stelle.

Durch die Geburt eines munteren Knaben wurden hoch erfreut (H. 2273a.) Louis Sorauer und Frau, geb. Neumann.

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 26. Februar, Nachmittags (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 pCt. pr. Febr. 56, 20, pr. April-Mai 56, 80. Juni-Juli —. Weizen pr. April-Mai 171.00. Roggen pr. Februar 142.00, pr. April-Mai 140.00, pr. Mai-Juni 140.00. Rüböl pr. Februar —, pr. April-Mai 52.50, pr. Mai-Juni 54.00, pr. Sept.-Okt. 56.50. Zink —. Wetter: —.

Köln, 26. Februar, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt). Wetter: Frost. Weizen fest, hiesiger loco 20.00, fremder loco 19.50, pr. März 18.55, pr. Mai 18.30. Roggen behauptet, hiesiger loco 15.50, pr. März 14.45, pr. Mai 14.15. Hafer loco 19.50, pr. März 18.40, pr. Mai 17.30. Rüböl schwach, loco 29.00, pr. Mai 28.70, pr. Oktober 30.30.

Bremen, 26. Februar. Petroleum (Schlußbericht). Standard white loco 12 M. 60 Pf. bez., pr. Sept. 13 M. 70 Pf. fest.

Hamburg, 26. Febr. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, auf Termine flau. Roggen loco ruhig, auf Termine flau. Weizen 126 pfd. pr. Februar 1000 Kilo netto 181 S., 180 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 180 S., 179 G., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 181 S., 180 G. Roggen pr. Februar 1000 Kilo netto 148 S., 146 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 142 S., 141 G., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 141 S., 140 G., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 140 S., 139 G. Hafer und Gerste ruhig. Rüböl matt, loco u. pr. Februar 56 1/2, pr. Mai pr. 200 Pfd. 56. Spiritus still, pr. Februar 44 1/2, pr. April-Mai und pr. Mai-Juni 45, pr. Juni-Juli pr. 100 L. 106 pCt. 45 1/2. Raffee ruhig, Umlauf gering. Petroleum fest, Standard white loco 12.90 S., 12.70 G., pr. Februar 12.80 G., pr. Februar-März 12.60 G., pr. August-Dezember 13.15 Gd. — Wetter: Frost.

Paris, 26. Februar, Nachmittags. (Produktenmarkt.) (Schlußber.) Weizen rubig, pr. Februar 24.25, pr. März-April 24.50, pr. Mai-August 25.00, pr. Mai-Juni 24.75. Roggen behauptet, pr. Febr. 18.50, pr. März-April 18.50, pr. Mai-August —. Weizen matt, pr. Februar 52.25, pr. März-April 52.25, pr. Mai-August 53.75, pr. Mai-Juni 53.00. Rüböl steigend, pr. Februar 74.50, pr. März-April 75.00, pr. Mai-August 76.00, pr. September-Dezember 77.75. Spiritus steigend, pr. Februar 53.75, pr. Mai-August 55.00. — Wetter: Schön.

Amsterdam, 26. Februar, Nachmittags. (Getreidemarkt) Schlußbericht. Weizen loco geschäftlos, pr. Mai 262. Roggen loco geschäftlos, pr. März 180, pr. Mai 178, pr. Juli —, pr. Oktober 178 1/2. Raps pr. Frühjahr 345, pr. Herbst 361 fl. Rüböl loco 32 1/2, pr. Mai 32 1/2, pr. Herbst 34 1/2.

Antwerpen, 26. Februar, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. (Getreidemarkt.) (Schlußbericht.) Weizen unverändert. Roggen behauptet. Odeffa 18. Hafer stetig, Riga —. Gerste behauptet, Donau 18 1/2.

Petroleum-Markt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco 30 1/2 bez., 31 S., pr. Febr. 30 1/2 bez., pr. März 30 1/2 S., Sept. 34 1/2 S., pr. Sept.-Dez. 34 1/2 S. Steigend.

London, 26. Februar, Nachmittags. Getreidemarkt (Schlußbericht). Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 8100, Gerste 16,120, Hafer 38,700 Dtrds.

Der Markt schloß für sämtliche Getreidearten stetig und ruhig. Hafer sehr fest. — Wetter: Milde.

München, 26. Februar, Nachmittags. 12r Water Armitage 7 1/2, 12r Water Taylor 9 1/2, 20r Water Micholls 11, 30r Water Sidlow 12, 30r Water Clayton 13 1/2, 40r Mule Micholls 12, 40r Medio Biffinso 14, 36r Warpcop Qualität Rowland 13, 40r Double Biffinso 13 1/2, 60r Double Biffinso 16. Printers 10 1/2, 11 1/2, 12 1/2, 13 1/2, 14 1/2, 15 1/2, 16 1/2, 17 1/2, 18 1/2, 19 1/2, 20 1/2, 21 1/2, 22 1/2, 23 1/2, 24 1/2, 25 1/2, 26 1/2, 27 1/2, 28 1/2, 29 1/2, 30 1/2, 31 1/2, 32 1/2, 33 1/2, 34 1/2, 35 1/2, 36 1/2, 37 1/2, 38 1/2, 39 1/2, 40 1/2, 41 1/2, 42 1/2, 43 1/2, 44 1/2, 45 1/2, 46 1/2, 47 1/2, 48 1/2, 49 1/2, 50 1/2, 51 1/2, 52 1/2, 53 1/2, 54 1/2, 55 1/2, 56 1/2, 57 1/2, 58 1/2, 59 1/2, 60 1/2, 61 1/2, 62 1/2, 63 1/2, 64 1/2, 65 1/2, 66 1/2, 67 1/2, 68 1/2, 69 1/2, 70 1/2, 71 1/2, 72 1/2, 73 1/2, 74 1/2, 75 1/2, 76 1/2, 77 1/2, 78 1/2, 79 1/2, 80 1/2, 81 1/2, 82 1/2, 83 1/2, 84 1/2, 85 1/2, 86 1/2, 87 1/2, 88 1/2, 89 1/2, 90 1/2, 91 1/2, 92 1/2, 93 1/2, 94 1/2, 95 1/2, 96 1/2, 97 1/2, 98 1/2, 99 1/2, 100 1/2.

Glasgow, 26. Februar. Roheisen. Mined numbers warrants 74 Sh 9 d.

Die Verschiffungen der letzten Woche betrugen 9100 Tons gegen 9200 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Liverpool, 26. Februar, Nachmittags. Baumwoll. (Schlußbericht): Umlauf 15,000 B., davon für Spekulation und Export 4000 Ballen. Stetig, unverändert. Surats matt. Für amerikanische Verschiffungen mäßige Frage bei behaupteten Preisen.

Middl. Orleans 8 1/2, middling amerikan 7 1/2, fair Dhollera 5 1/2, middl. fair Dhollera 4 1/2, good middling Dhollera 4 1/2, middl. Dhollera 4 1/2, fair Bengal 4 1/2, fair Broad 5 1/2, new fair Domra 5 1/2, good fair Domra 5 1/2, fair Madras 5, fair Pernam 8 1/2, fair Smyrna 6 1/2, fair Egyptian 8 1/2.

Produkten-Börse.

Berlin, 26. Februar. Wind: D. Barometer 28, 30. Thermometer früh - 7° R. Bitterung: befeht.
Koggen wurde an heutigem Markte nur anfänglich etwas reichlicher angeboten, später zogen sich die Offerten wieder zurück, und die Haltung befestigte sich. Nach Waare tritt der Begehr wieder mehr in den Vordergrund, weil die Zufuhr fortwährend gering blieb, Eigner erhielten bessere Preise - Koggen mehr sehr still. - Weizen hat sich im Werthe nicht verändert. Der Umsatz blieb eng begrenzt. - Hafer loth war etwas leichter abzugehen. Termine sind preis-haltend. - Rüböl wenig befeh, aber doch eher etwas fester. - Spiritus ist einer entschiedenen Flaue verfallen. Die reichlichen Anerbietungen haben nur nach ansehnlichem Rückgang der Preise Verwendung gefunden. Gefündigt 10,000 Liter. Rindungspreis 38,40 per 10,000 Liter.

Weizen loth per 1000 Kilogr. 162-198 Rm. nach Qual. gef., gelber per diesen Monat - April-Mai 176,50 - 176 Rm. h., Mai-Juni 178 Rm. h., Juni-Juli 181-180,50 Rm. h., Juli-August 182-181,50 Rm. h. - Koggen loth per 1000 Kilogr. 140-160 Rm. nach Qual. gef.,

Breslau, 26. Februar.

Freiburger 79, 50. do. junge - Oberschlef. 135, 00. R. Ober-her-St. A. 109, 00. do. do. Prioritäten 110, 00. Frankfurter 530, 50. Lombarden 239, 50. Italiener - Silberrente 69,50 Rumänien 34,75. Bresl. Diskontobank 84, 25. do. Wechselbank 75, 00. Schles. Bank 103, 00. Kreditbank 399, 00. Laurahütte 115, 00. Oberschlef. Eisenbahnen. - Oesterreich. Bank 183, 25. Russ. Banknoten 283, 90. Schles. Vereins-bank 91, 75. Oesterreich. Bank - Breslauer Prov.-Wechslerb. - Kramla 88, 75. Schlesische Zentralbahn - Bresl. Delf. 57, 00.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 26. Februar. Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. (Schlußkurse.) Londoner Wechsel 205,40. Pariser Wechsel 81,60. Wien Wechsel 182,75. Frankfurter 265,4. Böhm. Westb. - Lombard. 119. Galizier 207,4. Elisabethbahn 159,4. Nordwestbahn 137,4. Kreditbank 198,4. Russ. Bodenk. 92,4. Russen 1872 101,4. Silber-rente 69,4. Papierrente 65. 1860er Loose 116,4. 1864er Loose 311,30. Amerikaner de 1882 99,4. Deutsch-Oesterreich. - Berliner Bankverein 81. Frankfurter Bankverein 81. do. Wechselbank 87,4. Kon-aktien 877,4. Meiningen Bank 89,4. Sächsische Effektenbank 112,4. Darmstädter Bank 142. Brüsseler Bank 103,4. Central-Pacific 82.

Der Rückgang der österreichischen Bahnen drückte sämtliche Spe-kulationseffekten. Anlagewerthe fest.

* per medio resp. per ultimo.

Berlin, 26. Februar. Die heutige Börse eröffnete im Wesentli-chen in matter Tendenz; die auswärtigen Notierungen trafen wenig günstig ein, überdies wirkte die allgemein vorherrschende Luftlosigkeit verstimmend; die Spekulation namentlich zeigte eine sehr refervirte Hal-tung, und wenn auch die Kursveränderungen durchschnittlich in engen Grenzen verblieben, so vollzogen sie sich doch in der Mehrzahl nach der negativen Seite hin. Im weiteren Verlaufe trat dann eine Befesti-gung der Stimmung ein, die auch in den Kursen mehrfach zum Aus-druck kam.

Der Kapitalmarkt bewies wie seither eine ziemlich feste Tendenz für inländische Anlagepapiere, während sich internationale Werthe die-ser Gattung vielfach nicht behaupten konnten und andere Kassawerthe wenig fest waren.

Das Geschäft und die Umsätze gewannen in ihrer Gesamtheit nur geringen Belang; verhältnismäßig lebhaft wurden die Ultimo-Werthe gehandelt.

Der Geldstand hat sich nicht wesentlich verändert; das Privatdis-

Fonds- u. Aktienbörse

Berlin, den 26. Februar 1875

Deutsche Fonds.

Consolidirte Anl.	4 1/2	105,75	h
Staats-Anleihe	4 1/2	99,50	h
do. do.	4	—	—
Staats-Schuld.	3 1/2	91,25	h
Präm.-St. Anl. 1855	3 1/2	138,25	h
Kuch. 40 St. Obl.	—	238,50	h
R. u. Neum. Schuld.	3 1/2	94,50	h
Oesterreich. Obl.	4 1/2	101,00	h
Berl. Stadt-Obl.	5	102,50	h
do. do.	4 1/2	—	—
do. do.	3 1/2	91, —	h
Berl. Börsen-Obl.	5	101,00	h
Berliner	4 1/2	101,80	h
do. do.	5	106,50	h
Kur. u. Neum.	3 1/2	89, —	h
do. do.	4	96,90	h
do. neue	4 1/2	102,75	h
Ostpreussische	3 1/2	87,00	h
do. do.	4	96,90	h
do. do.	4 1/2	102,50	h
do. do.	5	—	—
Pommersche	3 1/2	87,75	h
do. neue	4	96,50	h
Potsdamer neu	4	95,20	h
Schlesische	3 1/2	86,50	h
Westpreussische	3 1/2	87, —	h
do. do.	4	96,00	h
do. Mecklenb.	4	95,10	h
do. do.	4 1/2	102,00	h
Kur. u. Neum.	4	97,90	h
Pommersche	4	97,25	h
Potsdamer	4	96,90	h
Preussische	4	97, —	h
Rhein-Westf.	4	98,30	h
Sächsische	4	98, —	h
Schlesische	4	97,00	h
Goth. Pr.-Pfdbr. I.	5	109, —	h
do. II.	5	105,50	h
Pr.-Pfdbr. Ord.-Hyp.	5	102,50	h
Pr.-Pfdbr. Lu.-H.	5	105,80	h
Pomm. Hyp. Pr.-B.	5	100,40	h
Pr.-Pfdbr. Pfdbr.	4 1/2	107,40	h
do. (Hörsing) unkl.	5	102,75	h
Krupp Pr.-D. Rückf.	5	102,25	h
Rhein. Prov.-Obl.	4 1/2	102,25	h
Antalt. Rentenbr.	4	97,75	h
Meiningen Loose	—	20,50	h
Rein. Hyp. Pfdbr.	4	100, —	h
Hmb. Pr. A. v. 1866	3	168, —	h
Oldenburger Loose	3	132, —	h
Bad. St. A. v. 1866	4 1/2	102,25	h
do. St. A. v. 67	4	120,75	h
Reichsb. 35 St. Loose	—	125, —	h
Badische St. Anl.	4 1/2	105,90	h
Bair. Pr.-Anleihe	4	122,40	h
Deff. St. Präm.-A.	3 1/2	117,50	h
Südb. do.	3	173,80	h
Mecklenb. Schuld.	3 1/2	88,50	h
Rhein-Mind. Pr.-A.	3 1/2	108,20	h

Ausländische Fonds.

Amer. Anl. 1881	6	103,60	h
do. do. 1882 gef.	6	98,50	h
do. do. 1885	6	102,30	h
Newport. Stadt-A.	7	101,90	h
do. Goldanleihe	6	100,00	h
Finan. 10 St. Loose	—	39,40	h

Italienische Anl.	5	70,50	h
do. Tabats-Obl.	6	99,40	h
do. do. Reg.-Akt.	6	504,30	h
Oester. Pap.-Rente	4 1/2	64,90	h
do. Silberrente	4 1/2	69,50	h
do. 250 St. Pr.-Obl.	4	113,00	h
do. 100 St. Pr.-Obl.	4	357, —	h
do. Loose 1860	5	116,75	h
do. Pr.-Sch. 1864	—	312,50	h
do. Bodenk.-O.	5	87,75	h
Poln. Sch.-Obl.	4	89,50	h
do. Cert. A. 300 St.	5	95,00	h
do. Pfdbr. III. Em.	4	83,30	h
do. Part. D. 500 St.	4	324,00	h
do. Equ.-Pfandb.	4	70,80	h
Naab-Grazer Loose	4	84,90	h
Frank. Anl. 71. 72.	5	103, —	h
Rumän. Anleihe	8	105,40	h
Russ. Bodenkredit	5	92,10	h
do. Nicolai-Obl.	4	86,50	h
Russ.-engl. A. v. 62	5	103,00	h
do. do. v. 70	5	103,60	h
do. do. v. 71	5	101,70	h
do. 5 Stiegl.-Anl.	5	86,50	h
do. do.	5	97,25	h
do. Präm.-Anl. de 64	5	172,25	h
do. do. 66	5	171,80	h
Türk. Anleihe 1865	5	43,10	h
do. do. 1869	5	56,20	h
do. do. kleine	6	57,50	h
do. Loose (vollg.)	3	100, —	h
Ungarische Loose	—	173,00	h

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilsscheine.

Bl. f. Spirit (Wrede)	7	59,10	h	Ⓞ
Barm. Bankverein	5	88,	h	
Berg.-Märk. Bank	4	77,	h	
Berliner Bank	4	74,	h	
do. Bankverein	5	81,80	h	
do. Kassend. 4		235,00	h	
do. Handelsge.	4	118,25	h	
do. Wechselbank	5	91,30	h	
do. Pr.-u. Gd. Schl.	3	90,	h	
Bresl. Diskontob.	4	84,25	h	
Bl. f. Edw. Kwik.	5	60,	h	
Braunschw. Bank	4	98,50	h	
Bremer Bank	4	110,50	h	
Centralb. f. Ind. u. G.	5	74,50	h	
Centralb. f. Bauten	5	51,50	h	
Coburg. Creditbank	4	74,	h	
Danziger Privatb.	4	114,00	h	
Darmstädter Kred.	4	142,50	h	
do. Zettelbank	4	101,50	h	
Deffauer Kreditb.	4	85,	h	
Berl. Depositenbank	5	97,	h	
Deutsche Unionb.	4	72,	h	
Disco. Commandit	4	155,25	h	
Genf. Creditb. i. Liq.	—	—		
Gerar. Bank	4	95,75	h	
Gewb. S. Schuster	4	63,	h	
Gothaer Privatb.	4	97,00	h	
Hannoversche Bank	4	103,25	h	
Königsberger B.-B.	4	82,50	h	
Leipziger Kreditb.	4	142,	h	
Euremberger Bank	4	110,25	h	
Magdeburg. Privatb.	4	110,50	h	
Meiningen Kreditb.	4	89,30	h	
Moldauer Landesb.	4	50,	h	
Norddeutsche Bank	4	142,00	h	

Nord. Gr. Gr. A. B.	7	103,00	B
Ostdeutsche Bank	4	78,75	h
do. Produktentf.	4	—	
Oester. Kreditbank	5	416,50	h
Potsdamer Prov.-B.	4	109,50	h
do. Prov. Wechl. B.	4	1,00	B
Pr. Bod.-R.-A. B.	4	106,25	h
do. Bankanttheile	4	153,75	h
do. Str.-Bd. 40 Pr.	5	118,50	h
Rostocker Bank	4	110,00	B
Sächsische Bank	4	119, —	B
Schle. Bankverein	4	102,50	h
Thüringer Bank	4	89,25	h
Weimarsche Bank	4	87,00	B
Pr. Hyp. Versicher.	4	127,75	h

In- u. ausländische Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Mairricht	4½	91,50	B
do. II. Em.	5	99,25	h
do. III. Em.	5	99,25	h
Bergsch.-Märkisch	4½	100, —	b ₂
do. II. Ser. (conv.)	4½	99,50	h
III. Ser. 3 v. St. g.	3½	84,50	b ₂
do. Lit. B.	3½	84,50	b ₂
do. IV. Ser.	4½	98,50	h
do. V. Ser.	4½	98,50	h
do. VI. Ser.	4½	97,75	h
do. Düsseldorf-Gld.	4	92, —	B
do. II. Ser.	4½	97,50	h
do. Dortmund-Soest	5	90,50	h
do. II. Ser.	4½	98, —	h
do. (Nordbahn)	5	103,10	h
Berlin-Anhalt	4	97,00	h
do. do.	4½	100,75	h
do. Lit. B.	4½	100,75	B
Berlin-Görlitz	5	104,25	h
Berlin-Hamburg	4	95,50	h
do. II. Em.	4	95,00	h
Berl.-Potsd.-Mg.	—	—	—
Lit. A. u. B.	4	92,80	h
do. Lit. C.	4	92,25	h
Berl.-Stett. II. Em.	4	93,50	h
do. III. Em.	4	93,10	h
do. IV. S. v. St. g.	4½	103,00	h
do. VI. Ser. do.	4	93,10	h
Bresl.-Schw.-Grb.	4½	98,50	B
Röln-Krefeld	4½	96,50	b ₂
Röln-Mind. I. Em.	4½	101,00	B
do. II. Em.	5	105,00	B
do. do.	4	95, —	B
do. III. Em.	4	92,50	h
Göln-Mind. IV. Em.	4½	94,00	h
do. V. Em.	4	92,60	b ₂
Halle-Sorau-Gub.	5	94,10	B
Märkisch-Poener	5	101,90	B
Magdeb.-Halberst.	4½	92,25	B
do. do. 1865	4½	99, —	B
do. do. 1873	4½	99,25	B
do. Wittenb.	3	74,00	h
Niedersch.-Märk.	4	97,75	h
do. II. Ser. a624thlr.	4	95,75	h
do. c. i. u. II. Ser.	4	97,75	B
do. con. III. Ser.	4	97, —	h
Oberschl. Lit. A.	5	92,50	h
do. do. B.	3½	84,50	h
do. do. C.	4	93,00	B
do. do. D.	4	93,00	h
do. do. E.	3½	84,50	h
do. do. F.	4½	100,60	h
do. do. G.	4½	99,60	h
do. do. H.	4½	101,40	b ₂
do. Em. u. 1869	5	103,50	h

Brieg-Neisse	4 1/2	98,75	h
Rafel-Derberg	4 1/2	92,50	h
do. III. Em.	5	103,75	h
Niedersch. Zweigb.	3 1/2	79,75	h
Stargard-Posen	4	93,00	h
do. II. Em.	4 1/2	99,75	h
do. III. Em.	4 1/2	99,25	h
D. Preuss. Südbahn	5	103,50	h
Rechte Der- ufer I.	5	103,50	h
Rhein. Pr.-Oblig.	5	93,20	h
do. v. Staats gar.	3 1/2	87,50	h
do. III. v. 1858 u. 60	4 1/2	99,50	h
do. 1862, 64, 65	4 1/2	99,50	h
Rhein-Rad. v. St. g.	4	103, —	h
do. II. Em.	4 1/2	103, —	h
Schleswig	4 1/2	99,00	h
Thüringer I. Ser.	4 1/2	93,50	h
do. II. Ser.	4	100, —	h
do. III. Ser.	4 1/2	93,50	h
do. IV. u. V. Ser.	4	100,25	h
Galz. Carl-Ludwig	4 1/2	93,90	h
Rafschau-Derberg	5	75,10	h
Ostau-Friedland	5	72,00	h
Ungar. Nordostbahn	5	63,50	h
do. Ostbahn	5	61,30	h
Lemberg-Gernowit	5	71,19	h
do. II. Em.	5	77,75	h
do. III. Em.	5	70,00	h
Mähr. Grenzbahn	5	69, —	h
Oester.-Franz. St. g.	4 1/2	327,50	h
Deutr. Nordwestb.	5	87,10	h
Südb. Bhn (Hb.)	3	250,30	h
do. Lomb. Vons	—	—	h
do. do. 1875	6	101,70	h
do. do. 1876	6	102,80	h
do. do. 1878	6	106,00	h
Gezardow-Azon	5	100,30	h
Gezardow-Woronej	5	100,50	h
Roslow-Woronej	5	100,75	h
Kursk-Charlow	5	100,30	h
Kursk-Riew	5	100,90	h
Mosk.-Kajsan	5	101,20	h
Rjasan-Roslow	5	101,20	h
Schujaw-Roslow	5	100,25	h
Warschau-Teresp.	5	99,75	h
do. kleine	5	100, —	h
Warschau-Wiener	5	99,60	h
do. kleine	5	99,60	h

Eisenbahn-Aktien u. Stamm-Prioritäten.

do. II. Ser.	4	100,00	B
do. III. Ser.	4	93,50	h
do. IV. u. V. Ser.	4	100,25	h
Galiz. Carl-Ludw.	4	93,90	h
Karlsruhe-Dierberg	5	75,10	h
Oftrau-Friedland	5	72,00	b ₂
Ungar. Nordostbhn.	5	63,50	B
do. Ostbahn	5	61,30	h
Leipzig-Görlitz	5	71,19	b ₂
do. II. Em.	5	77,75	b ₂
do. III. Em.	5	70,00	B
Mähr. Grenzbahn	5	69,00	h
Deffern-Franz. St.	4	327,50	b ₂
Deffern-Nordwestb.	5	87,10	h
Südöstb. Bhn (Ch.)	3	250,80	h
do. Lomb. Vons			
do. do. de 1875	6	101,70	b ₂
do. do. de 1876	6	102,80	h
do. do. de 1878	6	106,00	h
Gzarkow-Azow	5	100,30	h
Teles-Boronefch	5	100,50	B
Kozlow-Boronefch	5	100,75	B
Kursk-Gzarkow	5	100,80	h
Kursk-Kiew	5	100,90	b ₂
Nosfo-Rjasan	5	101,20	b ₂
Rjasan-Kozlow	5	101,20	b ₂
Schujew-Kwanow	5	100,25	h
Warschau-Teresopol	5	99,75	b ₂
do. kleine	5	100,00	h
Warschau-Wiener	5	99,60	h
do. kleine	5	99,60	h

Eisenbahn-Aktien n. Stamm			
Prioritäten.			
Aachen-Masficht	4	29,25	b ₂
Altkona-Kieler	5	109,90	h
Amsterd.-Rotterd.	4	103,25	h
Bergsch.-Märkische	4	78,25	b ₂
Berlin-Anhalt	4	116,00	h
Berlin-Görlitz	4	67,10	b ₂
do. Stammpr.	5	98,00	h
Balt. russ. (gar.)	3	55,90	h
Brest-Kiew	5	60,00	h
Breslau-Warsch. S.	5	37,00	h
Berlin-Hamburg	4	180,00	h
Berlin-Potsd.-Mgdt	4	76,25	b ₂
Berlin-Stettin	4	130,50	h
Böhm. Westbahn	5	82,00	h
Brest-Gratjewo	5	44,30	h
Bresl.-Schw.-Grb.	4	81,50	h
Köln-Minden	4	107,25	b ₂
do. Lit. B.	5	102,50	b ₂
Gesefeld Kr. Kempen	5	1,50	B
Galiz. Carl-Ludw.	5	104,50	b ₂
Halle-Sorau-Gub.	4	25,80	b ₂
do. Stammpr.	5	41,00	B